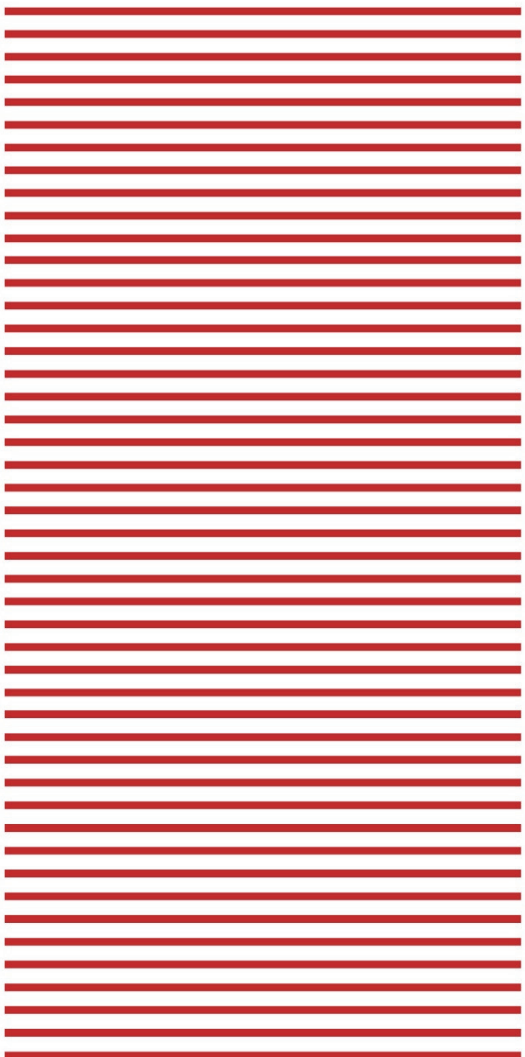


CARS
Working Papers

043



center for **antisemitism**
and **racism** studies



Sozialarbeiter*innen für ein freies Palästina?

**Eine vergleichende Analyse der
Positionierungen von Fachverbänden
der Sozialen Arbeit nach dem
7. Oktober 2023**

Holger Knothe

2026

Abstract

Ausgehend von der Annahme, dass Antisemitismus als soziales Problem zum Gegenstandsbereich der Sozialen Arbeit gehört, untersucht der Beitrag mittels qualitativer Inhaltsanalyse die Positionierungen nationaler und internationaler Fach- und Berufsverbände der Sozialen Arbeit zur Thematik des Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023. Die Ergebnisse zeigen ein Spektrum von Nichtwahrnehmung bis hin zu zögerlichen Versuchen, Antisemitismus als ein soziales Problem für die Soziale Arbeit anzuerkennen. Sie legen die Notwendigkeit eines antisemitismuskritischen Perspektivwechsels in der Sozialen Arbeit nahe.

Der Autor

Holger Knothe ist Professor für Sozialwissenschaften und Soziale Arbeit an der Internationalen Hochschule (IU) München. Er ist Mitherausgeber der Buchreihe *Soziale Arbeit und gesellschaftliche Transformation* (Beltz Juventa) sowie Autor und Herausgeber zahlreicher weiterer Veröffentlichungen, u. a. „...weil ich selber so überrascht war, dass ich so wenig wusste.“ *Eine Studie über den Unterricht zum Schicksal der europäischen Roma und Sinti während des Holocaust* (hg. mit Robert Sigel, utzverlag 2019).

Sozialarbeiter*innen für ein freies Palästina?

Eine vergleichende Analyse der Positionierungen von Fachverbänden der Sozialen Arbeit nach dem 7. Oktober 2023

Von Holger Knothe

Die Massaker vom 7. Oktober 2023 stellen eine Zäsur in der Geschichte des Antisemitismus nach der Shoah dar. Sie markieren eine globale Verschärfung antisemitischer Gewalt, deren Auswirkungen auch Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit vor Herausforderungen stellen könnten. Der Konjunktiv erscheint an dieser Stelle angebracht, weil seitens der verbandlich organisierten Sozialen Arbeit national und international bisher kaum Stellungnahmen und Positionierungen zum Massaker des 7. Oktober und damit verknüpft zum Problem des Antisemitismus existieren. Dabei gäbe es gute Gründe für eine ausführliche und intensive Rezeption, folgte man der Selbstausskunft der Berufs- und Fachverbände der Sozialen Arbeit. Demnach handelt es sich um einen wertorientierten Beruf, der auf ethischen Grundsätzen wie „sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten, gemeinsamer Verantwortung und Respekt für Vielfalt“ (DBSH 2016) basiert. Vor dem Hintergrund dieser für Profession und Disziplin integralen Selbstbeschreibung stellen sich Fragen nach den Positionierungen seitens der institutionalisierten Akteure der Sozialen Arbeit auf die Anschläge des 7. Oktober und den damit verbundenen krassen Verstößen gegen ebenjene ethischen Grundsätze. Dieser Beitrag untersucht daher, *ob* und *wie* sich nationale und internationale Fach- und Berufsverbände der Sozialen Arbeit nach dem 7. Oktober gegenüber dem Problem des Antisemitismus positioniert haben. Die Ergebnisse zeigen ein Spektrum, das von Nichtwahrnehmung bis hin zu vorsichtigen, manchmal zögerlichen Versuchen reicht, Antisemitismus als ein soziales Problem für die Soziale Arbeit anzuerkennen.

In einem ersten Schritt wird die Bedeutung des Antisemitismus als soziales Problem innerhalb der Sozialen Arbeit dargestellt (1), um daran anschließend methodisch informiert (2) eine ver-

gleichende Analyse der Darstellung des 7. Oktober und seiner Folgen durch deutsche und internationale Fach- und Berufsverbände vorzunehmen (3). In der abschließenden Diskussion werden neben möglichen Gründen für die Normalisierung der Nichtwahrnehmung auch die Notwendigkeit eines antisemitismuskritischen Perspektivwechsels in der Sozialen Arbeit thematisiert (4).

1. Soziale Arbeit und Antisemitismus nach dem 7. Oktober

Die grundlegende Frage ist: Warum sollte sich Soziale Arbeit mit Antisemitismus befassen? Eine erste Antwort auf diese Frage lässt sich in den herkömmlichen und gebräuchlichen Definitionen des Faches finden, denn im Kern geht es der Sozialen Arbeit darum, soziale Probleme anzugehen – also Probleme, die das Leben der Menschen so tiefgreifend beeinflussen, dass sie beispielsweise zu Ausgrenzung oder Benachteiligung führen. Soziale Arbeit kann als eine Wissenschaft des Handelns und der beruflichen Praxis definiert werden, die sich mit sozialen Problemen befasst (Bommers/Scherr 2012; Scherr 2017). Als solche rechtfertigt und gestaltet sie Beratung, Betreuung, Bildung, Erziehung oder Intervention als Hilfe für Menschen, deren Lebenssituationen oder Leben von einem sozialen Problem so beeinflusst sind, dass sie von Benachteiligung oder Ausgrenzung betroffen sind (vgl. Scherr 2017: 34).

Antisemitismus gewinnt seine Relevanz als Gegenstand für die Soziale Arbeit durch die Kennzeichnung als soziales Problem. Hierfür gibt es in der Regel zwei fachspezifische Begründungen: Erstens verweist die Beziehung zwischen Antisemitismus und seiner weitgehenden gesellschaftlichen Ächtung auf seinen Charakter als

soziales Problem. Offen antisemitische Einstellungen oder Handlungen werden in der Regel als abweichend, diskriminierend oder feindselig außerhalb der gesellschaftlich anerkannten Konzepte von Normalität, des Konsenses über Werte oder Vorstellungen von Gerechtigkeit lokalisiert und daher als soziales Problem behandelt (Groenemeyer 2013; Diddens 2024). Als soziales Problem sollte Antisemitismus ein Thema der Sozialen Arbeit sein. Zweitens basiert das etablierte Verständnis der Sozialen Arbeit im Wesentlichen auf einer kodifizierten Berufsethik, die Sozialarbeiter*innen verpflichtet, Menschenrechte zu wahren und soziale Gerechtigkeit zu fördern (Motzke 2014). Damit verbunden sind das Diskriminierungsverbot und die Pflicht, „jegliche Diskriminierung zu unterlassen und der Diskriminierung durch andere entgegenzuwirken und diese nicht zu dulden“ (DBSH 2024: 38). Soziale Arbeit beinhaltet den Auftrag, gegen Diskriminierung und damit auch gegen Antisemitismus vorzugehen.

Unabhängig davon, unter welchen Bedingungen diese Verpflichtung wirksam wird und wie diese Verpflichtung in konkrete Handlungsoptionen übersetzt werden kann, spielt Antisemitismus in der gegenwärtigen materiellen Wirklichkeit sozialarbeiterischen Handelns keine große Rolle. So haben unterschiedliche Beiträge wiederholt gezeigt, dass Antisemitismus in der beruflichen Ausbildung, in Lehrplänen oder im alltäglichen Diskurs kaum Beachtung findet (Schäuble/Radvan 2016; Perko 2020; Lehnert 2021; Knothe 2023; Broden/Jagusch 2026). In deutschen Sozialarbeitsstudiengängen wird Antisemitismus in den Modulhandbüchern so gut wie nicht thematisiert. Infolgedessen gibt es weder in der Berufspraxis noch in der akademischen Ausbildung manifeste Elemente einer antisemitismuskritischen Perspektive, die zur Sensibilisierung gegenüber antisemitischen Einstellungen oder Handlungen befähigen würden. Stender (2026: 28f.) spricht in diesem Zusammenhang von der „Leerstelle Antisemitismus“, die sich in fehlender

Forschung, nicht existenter curricularer Verankerung sowie infolgedessen nur unzureichend professioneller Bearbeitung widerspiegelt. Die strukturelle Blindheit der Profession gegenüber Antisemitismus in nahezu allen Handlungsfeldern führt dazu, dass Antisemitismus – wenn überhaupt – als historisches Thema oder als Randphänomen behandelt wird (Rajal 2020). Zudem wird die spezifische Logik antisemitischer Weltbilder oft unter dem Sammelbegriff „Rassismus“ subsumiert und dadurch unsichtbar gemacht. Was die akademische Ausbildung angeht, so spricht einiges für die Annahme, dass sehr viele Studierende ihren Abschluss erlangen können, ohne sich im Rahmen des Studiums jemals mit Antisemitismus auseinandergesetzt zu haben.¹ Diese Auslassung ist nicht arbiträr: Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit haben das Bewusstsein für Antisemitismus nicht in gleicher Weise institutionalisiert wie für andere Formen der Diskriminierung. Hätte dieser Befund im Lichte gleichbleibend hoher antisemitischer Einstellungen und Handlungen schon vor dem Massaker des 7. Oktober problematisch für das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit sein sollen, so verschärft sich diese Problematik nach dem 7. Oktober und dem damit einhergehenden drastischen Anstieg an antisemitischen Vorfällen (RIAS 2025) signifikant. Insofern stellt sich die Frage nach dem Umgang mit der Katastrophe des 7. Oktober insbesondere für die organisierten Verbände der Sozialen Arbeit wie den internationalen Berufsverband International Federation of Social Workers (IFSW), sein deutsches Pendant (DBSH) sowie die eher akademisch ausgerichtete Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA). Wurde das Ereignis überhaupt rezipiert? Spielte der antisemitische Charakter der Tat bei der Rezeption eine Rolle? Welche Themen wurden damit verknüpft? Welche Standpunkte wurden vertreten und welche Argumentationsstrukturen wurden deutlich? Im Folgenden wird diesen Fragen mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse maßgeblicher Einlassungen der Fachverbände zu diesem Thema nachgegangen.

¹ Die Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen (katho) mit ihrem Centrum für Antisemitismus- und Rassismustudien [CARS] und zum Teil obligatorischen antisemitismuskritischen Lehrveranstaltungen in Studiengängen zur Sozialen Arbeit ist leider nur eine Ausnahme.

2. Zum methodischen Vorgehen

Für eine Dokumentenanalyse, wie sie hier vorgenommen wird, bieten sich verschiedene Verfahren der qualitativen Sozialforschung an. Jedes hat dabei seine spezifischen Vor- und Nachteile. Die Entscheidung, mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2022) vorzugehen, hat Auswirkungen, die in den integralen Eigenschaften der Methode begründet sind. Es handelt sich dabei um ein übersichtliches und eindeutiges Verfahren, das durch die Reduktion und Strukturierung des empirischen Materials zur verbesserten Handhabbarkeit der Analyse beiträgt. Ein weiterer Vorzug besteht in der Gegenstandsangemessenheit sowie der Möglichkeit, theoriegeleitet und deduktiv vorgehen zu können. Das bedeutet indes nicht, dass ein starres Reglement über das empirische Material gestülpt werden soll und dieses dann anhand des eigenen Forschungsinteresses dienstbar gemacht wird. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, bedarf es der Explikation des eigenen Vorverständnisses hinsichtlich der Fragestellung und des Materials. Dies betrifft vor allem die Konstruktion der Kategorien, die der Analyse zugrunde liegen. Für den vorliegenden Fall kommt es darauf an, aus der Beschreibung und Analyse der „Leerstelle Antisemitismus“ (Stender 2026: 28) innerhalb der Sozialen Arbeit entsprechende Kriterien zu deduzieren, die sowohl diesem Wissensbestand als auch den untersuchten Dokumenten gerecht werden.

Die Kernfrage lautet, welche Positionen in Bezug auf Antisemitismus von institutionellen Akteuren der Sozialen Arbeit vertreten werden. Dies unterstellt nicht nur, dass innerhalb dieser Akteure und Verbände mehr als eine Position dazu existiert, sondern idealerweise, dass diese sich aufeinander beziehen und ausgehandelt werden. In einer zugespitzten und prononcierten Version der Fragestellung geht es darum, festzustellen, welche Positionen in den jeweiligen Dokumenten zum Problem des Antisemitismus sichtbar werden. Theoretisch gibt es hierfür eine qualitative Vielfalt von Möglichkeiten, sichtbar auf einem Spektrum der Positionierung, dessen jeweilige Enden durch den Pol der Negation des Problems

bis hin zum Pol der Anerkennung des Problems markiert werden.

Was die Auswahl der zu analysierenden Dokumente anbelangt (vgl. Tabelle 1), wurden in einem ersten Schritt alle schriftlichen Stellungnahmen und Äußerungen seitens institutioneller Akteur*innen wie des DBSH (Dokumente 3 und 4) und der DGSA (Dokumente 9 und 10) seit dem 7. Oktober 2023, welche sich in irgendeiner Art und Weise auf den Begriff Antisemitismus beziehen, in das Sample mit aufgenommen. Da die Anzahl dieser Dokumente überschaubar ist, wurde auch die sehr viel größere Anzahl an Statements des internationalen Dachverbandes IFSW mit aufgenommen (Dokumente 1, 2, 5, 7, 8, 11, 12, 15), die sich auf den diskursiven Anlass, also den Überfall der Hamas und anderer palästinensischer Terrororganisationen auf Israel (Grigat 2025: 8) und den nachfolgenden Krieg, beziehen. Dazu gehören auch die durch die IFSW bekanntgemachten Dokumente der Palestinian Union of Social Workers and Psychologists PUSWP (Dokumente 6 und 13) sowie der Israeli Union of Social Workers IUSW (Dokument 14). Die durch diese Hinzuziehung gewonnene Vergleichsdimension zwischen Akteuren in Deutschland einerseits sowie der internationalen Diskussion andererseits ist geeignet, weitere Fragen an das Material zu erzeugen: Beziehen sich die jeweiligen Statements aufeinander? Oder ist der oftmals abgeschlossen wirkende nationale Rahmen maßgeblich für die Positionierung gegenüber Antisemitismus? Schlussendlich gilt es auch auf die Limitationen der Fallauswahl hinzuweisen, denn bei den untersuchten Dokumenten handelt es sich um offizielle Stellungnahmen, nicht um das, was die Mitglieder der jeweiligen Verbände in einzelnen Interviews zu sagen haben. Hier wäre von einer weniger abgewogenen und offiziellen Sprechart auszugehen. Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse sind in diesem Sinne eingeschränkt gültig. Auf der anderen Seite sind es gerade die offiziellen Stellungnahmen, welche das Ergebnis von organisationsinternen Differenzierungs- und Aushandlungsprozessen der Mitglieder markieren und insofern hohe Plausibilität beanspruchen können, wenn es um die Positionierung verbandlicher Akteure zu Antisemitismus geht.

Tabelle 1: Datenkorpus

NR.	PRIMÄR-QUELLE	DATUM	DOKUMENT	ANLASS
1	IFSW 2023a	Okt 23	"Solidarity with Social Workers in Israel and Palestine"	Hamas-Überfall vom 7. Oktober 2023
2	IFSW 2023b	Okt 23	Israel/ Palestine: IFSW calls for immediate Ceasefire and to address the root cause of the conflict	Beginn der israelischen Offensive
3	DBSH 2023a	Dez 23	Antwort an die „Sozialarbeiter*innen gegen Antisemitismus“	Antwort auf einen offenen Brief, der die Beteiligung antizionistischer Gruppen an einer Demonstration von Sozialarbeiter*innen gegen unzureichende Arbeitsbedingungen in Berlin kritisiert
4	DBSH 2023b	Dez 23	„Israel / Palästina: IFSW fordert sofortigen Waffenstillstand und die Ursachen des Konflikts angehen“ (Deutsche Übers. von Dok. 2)	Beginn der israelischen Offensive
5	IFSW 2024a	Feb 24	IFSW supports global statement of humanitarian leaders calling for an immediate ceasefire in Gaza	Humanitäre Krise in Gaza
6	PUSWP 2024	Mar 24	The Palestinian Union of Social Workers and Psychologists statement on the suspension of a social worker who advocated against the Gaza invasion	Suspendierung eines palästinensischen Professors wegen kontroverser Äußerungen
7	IFSW 2024b	Mar 24	Unconditional humanitarian aid to Gaza now	Israelische Blockade von Hilfslieferungen
8	IFSW 2024c	Jun 24	Social Workers for a Free Palestine: World Social Work Day Online Event	Internationaler Tag der Sozialen Arbeit
9	DGSA 2024a	Apr 24	Für eine plurale und demokratische Gesellschaft – Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wirksam entgegentreten!	Treffen von Rechtsextremisten in Potsdam 2023
10	DGSA 2024b	Jun 24	Stellungnahme des DGSA-Vorstands zur Wissenschaftsfreiheit und zu den aktuellen Reaktionsweisen auf die gegenwärtigen Hochschulproteste zum Nahostkonflikt	Einschränkung der akademischen Redefreiheit als Folge staatlicher Reaktionen auf Universitätsproteste gegen den Nahostkonflikt
11	IFSW 2024d	Jun 24	Response to the PUSWP call for the expulsion of the IUSW	Boykottaufruf der IUSW durch PUSWP
12	IFSW 2025a	Jan 25	IFSW executive issues censure against the Israeli Union of Social Workers for not acting to promote peace	Tadel gegen die Israeli Union of Social Workers (IUSW) aufgrund der Verletzung ethischer Standards der IFSW
13	PUSWP 2025	Jan 25	Response to the IFSW Statement: A Call for Ethical Integrity and Decisive Action	Tadel gegen IUSW
14	IUSW 2025	Feb 25	A Response of the Israeli Union of Social Workers to the IFSW statement of 09.01.2025	Tadel gegen IUSW
15	IFSW 2025b	Jul 25	Public statement of solidarity with Palestinian social workers and the people of Gaza	Gazakrieg

3. Ergebnisse: Positionierungen der institutionellen Akteure

Die empirische Analyse kann nicht von zwei miteinander verbundenen Kontexten getrennt werden: erstens dem für die Soziale Arbeit seit geraumer Zeit grundlegenden und elementaren Menschenrechtsdiskurs und zweitens dem spezifisch deutschen postnazistischen Rahmen zu Themen wie Antisemitismus oder dem Nahostkonflikt. Die Kluft zwischen dem Diskurs in Deutschland einerseits und dem internationalen Diskurs zu diesen Themen andererseits ist nach wie vor bemerkenswert, wie die analysierten Dokumente zeigen. Dies ist nicht überraschend, da institutionelle Akteure in anderen, vergleichbaren Feldern mit ähnlichen Entwicklungen und Argumenten konfrontiert sind, wenn es um die Positionierung zu Antisemitismus oder zum Nahostkonflikt geht.² In der Tat zeigen sich neben erwartbaren strukturellen Ähnlichkeiten auch Verschiebungen und Verzerrungen, wie die folgenden drei zentralen Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse verdeutlichen.

3.1 Erkennen vs. Auslassen

Unabhängig von der viel diskutierten Frage, was Antisemitismus eigentlich sei, wie er wissenschaftlich sinnvoll gefasst werden kann, welche Bestandteile notwendig dazugehören und wie diese Erkenntnisse in Prozesse politisch-praktischen Handelns, z. B. zur sozialarbeiterischen Prävention, übersetzt werden können, steht die Sensibilität gegenüber Antisemitismus als sozialem Phänomen. Die sich dabei manifestierenden Unterschiede hinsichtlich der Wahrnehmungsschwelle gegenüber Antisemitismus spiegeln sich exemplarisch in der politisch aufgeladenen Debatte um die zutreffende Definition des Phänomens (Sigel 2022; Würdemann 2024; Voigt 2025; Lelle/Uhlig 2026). Jenseits einer Bewertung der unterschiedlichen Positionen belegen die unterschiedlichen Definitionsversuche recht deutlich, dass „[...] weder Einigkeit darüber besteht, was Antisemitismus genau ausmacht,

noch darüber, in welchem Verhältnis er zur Kritik an Israel steht“ (Voigt 2025: 76). Vor diesem Hintergrund fällt im Datenkorpus auf, dass in den analysierten Aussagen lediglich zwei Positionen vertreten wurden: zum einen die Position des Erkennens oder Anerkennens von Antisemitismus als eigenständigem sozialem Phänomen. Diese Anerkennung findet sich vor allem in den deutschsprachigen Dokumenten. Darin wird Antisemitismus ausdrücklich als gesellschaftliches Problem benannt, neben anderen Formen der Diskriminierung anerkannt und es wird hierzu bzw. dagegen Stellung bezogen. So betonen beispielsweise die Erklärungen der DGSA die Ablehnung sowohl von Antisemitismus als auch von anderen Formen der Diskriminierung (Dokumente 9, 10). Demgegenüber steht zum anderen die Position des Auslassens oder der Negation, wie sie bei internationalen Akteuren wie der IFSW vorherrscht; hier wird der Begriff des Antisemitismus gänzlich vermieden. In ihrer Erklärung vom 12. Oktober 2023 (Dokument 1) beispielsweise bekundete die IFSW ihre Solidarität sowohl mit israelischen als auch mit palästinensischen Sozialarbeiter*innen, vermied es jedoch auffällig, das Massaker der Hamas, seine Opfer oder eventuelle antisemitische Motive zu erwähnen. Stattdessen blieb die Sprache vage und forderte „Frieden“, ohne Verantwortlichkeiten zuzuweisen oder Antisemitismus zu benennen. Dieses Muster wiederholte sich in den nachfolgenden Erklärungen, darunter auch in einem Aufruf zum Waffenstillstand am 30. Oktober 2023 (Dokument 2):

Wir rufen andere Organisationen, Verwaltungen und Menschen dazu auf, den Weg des Friedens zu unterstützen, um den Kreislauf der Vergeltung durch einen vollständigen Waffenstillstand zu beenden, und jede Seite zu einem schrittweisen Prozess des Aufbaus des Vertrauens zu drängen, das notwendig ist, um die Ursachen dieses Konflikts anzugehen.¹ (IFSW 2023b)

² Man denke beispielsweise an den Ausschluss der Israelischen Soziologischen Vereinigung (ISS) durch die Internationale Soziologische Vereinigung (ISA), gegen den die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) Einspruch erhoben hat (DGS 2025) und welcher die Österreichische Gesellschaft für Soziologie zum Austritt aus der ISA veranlasst hat (ÖGS 2025).

Dieser ethisch-moralische Appell der Internationalen Vereinigung der Sozialarbeiter*innen beinhaltet letzten Endes die Aufforderung an den Staat Israel und Jüd*innen weltweit, eine Vertrauensbeziehung zur Hamas aufzubauen, also zu einer Organisation, die in ihrer Charta von 1988 offen erklärt, dass ihr oberstes Ziel die Ermordung von Jüd*innen ist (Pfahl-Traugher 2022; zum Grundsatzpapier von 2017 Herf 2024). Dies legt den Eindruck nahe, dass die IFSW den Problemen des Antisemitismus und des Islamismus nur wenig Stellenwert einräumt. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Positionen der Anerkennung und der Negation zeigt sich zudem in der Anerkennung des Begriffs Antisemitismus selbst. Während die Position der Auslassung Antisemitismus schlicht ignoriert, konzentriert sich die Position der Anerkennung auf den Antisemitismus als eine Form der Diskriminierung, die meist im Zusammenhang mit anderen Vorurteilen erwähnt wird. Im Gegensatz zur Position der Auslassung eignet sich die Position der Anerkennung zumindest zur Analyse offenkundig antisemitischer Handlungen. Die inhaltlich nicht falsche Zuordnung des Antisemitismus zu anderen Formen der Diskriminierung ist in ihrer Engführung auf die generalisierbare Dimension der Exklusion indes geeignet, die spezifische Dimension des Antisemitismus zu verkennen (Rensmann 2025: 14). Diese zeichnet sich durch die Vorstellung eines allumfassenden jüdischen Einflusses auf unterschiedliche und zeitlich wie politisch heterogene Phänomene aus. Es gibt in dieser Vorstellungswelt theoretisch wie praktisch keine gesellschaftliche Erscheinung, die sich nicht in irgendeiner Art und Weise auf jüdischen Einfluss zurückführen ließe. Jüd*innen sind in der antisemitischen Perzeption nicht eine zu benutzende, unterlegene Gruppe, wie es z. B. die rassistische Konstruktion vorsieht; vielmehr verkörpern sie in antisemitischer Sicht das Prinzip der „Gegenrasse“ (Horkheimer/Adorno 1988: 177). Ihnen wird weltumspannende, grenzenlose Macht zugeschrieben, was gleichzeitig dazu führt, dass sich Antisemit*innen als Opfer begreifen und ihre Projektionen als gerechten Kampf interpretieren und erleben können. Auch wenn offenbleiben muss, ob die Nichterwähnung dieser genuinen und spezifischen Dimension des

Antisemitismus intendiert ist, bezeugt sie doch hinreichend die Notwendigkeit, sich auch in der Sozialen Arbeit mit Antisemitismus und seinen spezifischen historischen, politischen und sozialpsychologischen Aspekten adäquat auseinanderzusetzen.

3.2 Von der Äquidistanz zur Parteilichkeit

Die zweite Erkenntnis bezieht sich auf Veränderungen im Laufe der Zeit: Kurz nach dem 7. Oktober 2023 versuchte die IFSW einen Balanceakt und präsentierte sich als gleichermaßen unterstützend gegenüber israelischen und palästinensischen Sozialarbeiter*innen. 2025 schloss die IFSW jedoch die israelische Föderation der Sozialarbeiter*innen IUSW unter Berufung auf Verletzung ethischer Standards aus (Dokument 12) und förderte gleichzeitig Veranstaltungen, die sich nicht nur ausdrücklich mit antizionistischem Aktivismus befassten, sondern diesen auch beförderten, wie z. B. bei der Veranstaltung „Sozialarbeiter*innen für ein freies Palästina“ (Dokument 8). Dieser Übergang von einer zweideutigen Neutralität zu einer offenen Parteilichkeit zeigt, wie Antisemitismus in Diskursen, die um das für die Soziale Arbeit so essenzielle Thema „Menschenrechte“ kreisen, oft unsichtbar wird. Deutsche Akteure hingegen vermieden das Thema bis Mitte 2024 weitgehend. Ihre erste größere Stellungnahme (Dokument 10) war eine Reaktion auf Studierendenproteste gegen den Gazakrieg, in der sorgfältig versucht wurde, mehrere Anliegen unter einen Hut zu bringen: die Positionierung „gegen antisemitische und antimuslimisch-rassistische Bedrohungen“ (DGSA 2024b) ebenso wie die Ablehnung von Boykotten israelischer Kollegen, aber auch die Verteidigung der akademischen Freiheit und die Legitimität antiisraelischer Proteste. Während internationale Akteure wie die IFSW in dieser Frage zu antiisraelischer Parteilichkeit tendieren, sind deutsche Akteure, namentlich die DGSA, in ihrem behutsamen Bemühen, die aus ihrer Sicht relevanten Aspekte zu adressieren und mithin einen Beitrag zur Rekontextualisierung der Debatte zu leisten, oftmals geneigt, eine unparteiische Metaperspektive einzunehmen. Inwiefern diese ausbalancierte Metaperspektive dazu beiträgt,

dem Gegenstand Antisemitismus sowohl in Bezug auf den 7. Oktober die notwendige Bedeutung einzuräumen als auch die Etablierung der Thematik innerhalb der Sozialen Arbeit zu befördern, muss offenbleiben.

3.3 Menschenrechte: Ein fragiler Diskurs?

Ein drittes wichtiges Ergebnis ist eng mit dem gegenwärtigen Selbstverständnis der Sozialen Arbeit verknüpft, denn in fast allen analysierten Aussagen nimmt der Menschenrechtsbegriff einen herausragenden Stellenwert ein. Dies ist nicht überraschend, da sich Soziale Arbeit gemäß ihrer international anerkannten Definition als „Menschenrechtsprofession“ versteht: „Die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenrechte, der gemeinsamen Verantwortung und der Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialarbeit“ (DBSH 2016). In dieser Perspektive richtet sich der Fokus darauf, Menschen zu befähigen, „die Herausforderungen des Lebens zu meistern und ihr Wohlbefinden zu verbessern“ (DBSH 2025). Es geht in dieser Lesart darum, sozialen Wandel voranzutreiben und möglichst egalitäre Bedingungen zu schaffen. Auch wenn die Potentiale und Limitationen dieser – oftmals mit Emphase vorgetragenen – Bezugnahmen auf universell gültige Menschenrechte innerhalb des Faches produktiv und kritisch diskutiert werden (Pravad 2018; Scherr 2020; Staub-Bernasconi 2019), so häufen sich doch auch kritische Stimmen. So problematisiert Scherr (2020) die Vorstellung einer moralisch überlegenen Selbstmandatierung, weist auf die innere Pluralität und politische Kontingenz des Menschenrechtsdiskurses hin und betont, dass Menschenrechte in wohlhabenden Rechtsstaaten häufig geringere Ansprüche begründen als nationale Sozialgesetzgebungen. Insgesamt erscheint der Bezug auf Menschenrechte obschon als wertvoller, aber unzureichender Kompass: orientierungsstiftend, aber nicht selbst-evident; politisch ermächtigend, aber stets interpretationsbedürftig. Diese Interpretationsbedürftigkeit zeigt sich nicht nur in der deutschen Diskussion, sondern insbesondere in internationaler Perspektive (Fuß 2024).

In deutschsprachigen Ländern wird beispielsweise der Tatsache wenig Beachtung geschenkt, dass sich Menschenrechte in den letzten Jahrzehnten von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die noch den Schutz des einzelnen Individuums in den Mittelpunkt stellte, durch verschiedene regionale Erklärungen zu kollektiven Rechten entwickelt haben. Theoretisch sollen sich diese ergänzen, in der Praxis (oder praktischen Auslegung) werden jedoch mitunter die Rechte des Individuums zugunsten derjenigen des Kollektivs außer Kraft gesetzt. Ein Beispiel dafür ist die 2020 verabschiedete „Cairo Declaration of the Organization of Islamic Cooperation on Human Rights“ (OIC 2020). Diese besagt ausdrücklich, dass der Einzelne dem Wohlergehen der Familie und des nationalen (religiösen) Kollektivs verpflichtet ist. Die Pluralität unterschiedlich akzentuierter Menschenrechte mündet bisweilen in Widersprüchen, die in den hier analysierten Dokumenten nicht verhandelt werden. Es dominiert – zumindest was die hier analysierten Verlautbarungen der entsprechenden Fach- und Berufsverbände anbelangt – sowohl national als auch international eine Vermeidungshaltung gegenüber diesen Widersprüchen. Ein mögliches Motiv hierfür könnte sein, dass der Menschenrechtsbegriff mittlerweile integral für Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit ist. Diskussionen über Inhalte und Reichweite des Menschenrechtsbegriffs für die Soziale Arbeit finden zwar statt (Spatscheck/Steckelberg 2018), diese spiegeln sich aber letztlich nur unzureichend in sozialarbeiterischer Praxis oder den Positionierungen der Fachverbände. Tatsächlich dürfte diese Vermeidungshaltung nicht nur die verpasste Chance eines notwendigen Austauschs markieren, sondern es erscheint zunehmend fragwürdig, inwiefern die Anrufung eines notwendig diffusen Menschenrechtsbegriffs, wie sie in den analysierten Dokumenten zu finden ist, geeignet ist, einen dauerhaften Konsens in der Positionierung zu Antisemitismus herzustellen. Zugespitzt formuliert ist es daher kaum verwunderlich, dass Sozialarbeiter*innen einerseits als Beschützer*innen des Individuums und der individuellen Rechte auftreten, andererseits aber zu islamistischen

Massakern an jüdischen Individuen auffallend stumm sind. Diese Inkonsistenz dürfte wenig geeignet sein, die Glaubwürdigkeit des Berufsstandes zu erhöhen.

Schlussfolgerung: Die Normalisierung des Schweigens

Die qualitative Inhaltsanalyse zeigt, dass unterschiedliche institutionelle Akteure der Sozialen Arbeit, insbesondere auf internationaler Ebene, es nach dem 7. Oktober weitgehend vermieden haben, sich mit Antisemitismus auseinanderzusetzen. Die Folgen sind erheblich: Erstens läuft der Begriff „Antisemitismus“ selbst Gefahr, unter allgemeinen Appellen an Frieden oder Gerechtigkeit unsichtbar zu werden. Zweitens kann das universalistische Ethos der Sozialen Arbeit spezifische, historisch verwurzelte Formen des antisemitischen Ressentiments verschleiern. Antisemitismus ist nicht einfach „eine andere Form von Rassismus“. Er hat spezifische Merkmale, darunter seine verschwörerische Logik, seine auf Vernichtung zielende Ausrichtung und seine Verflechtung mit Narrativen über Israel und globale Macht. Diese Dynamiken zu ignorieren, schmälert die Fähigkeit der Sozialen Arbeit, sinnvoll darauf zu reagieren. Die Bedeutung für die sozialarbeiterische Praxis ist gravierend, denn Sozialarbeiter*innen, die Antisemitismus nicht erkennen oder benennen können, werden auch kaum zu einer antisemitismuskritischen Praxis in der Lage sein.

Die wesentlichen Gründe für diese strukturelle Vernachlässigung des Gegenstands Antisemitismus durch die Soziale Arbeit sind einerseits partikular, andererseits allgemein und generalisierbar: Während z. B. für Deutschland eine spezifische und in ihren Folgen letzten Endes unzureichende Befassung mit den Erblasten des Nationalsozialismus und den Verstrickungen der Sozialen Arbeit darin konstatiert werden kann (Alting/Momper 2024; Kappeler 2022), kann allgemein davon ausgegangen werden, dass jenseits der gesellschaftlichen Ächtung offener Manifestationen des klassischen Antisemitismus Spaltprodukte dieser gesellschaftlich illegitimen Form zunehmen. Diese, und weniger eine kohä-

rente antisemitische Ideologie, sind dabei für den gegenwärtigen Antisemitismus signifikant. Die dabei entstandenen „Partikel des Ressentiments“ (Diner 2019: 459) sind auch für emanzipatorische Narrative und menschenrechtliche Sensibilität, wie sie für die Selbstbeschreibung der Sozialen Arbeit integral sind, anschlussfähig und vermischen sich mit diesen. Einzelne Elemente des Antisemitismus diffundieren und verbinden sich mit anderen Narrativen; es kommt zu einer gesellschaftlichen Entgrenzung des Ressentiments.

Mit Blick auf die Zukunft stehen Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit vor einer Entscheidung: entweder das derzeitige Muster der Auslassung fortzusetzen oder sich kritisch mit Antisemitismus als eigenständigem und dringendem Problem auseinanderzusetzen. Und tatsächlich gewinnt das Thema zumindest im deutschsprachigen Raum vermehrt an Aktualität, wie neuere Veröffentlichungen nahelegen (Brodén/Jagusch 2026). Inwiefern diese auch zu einer gestiegenen Aufmerksamkeit seitens der Profession und damit verbunden zu einer dauerhaften und strukturellen Verankerung antisemitismuskritischer Elemente in Ausbildung und Berufspraxis der Sozialen Arbeit führen werden, ist nicht nur eine akademische Frage: Ob die Soziale Arbeit sich entscheidet, Antisemitismus wahrzunehmen und zu bekämpfen oder zu ignorieren, wird nicht nur ihre Relevanz, sondern vor allen Dingen ihre ethische Integrität prägen.

Primärquellen:

DBSH - Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (2023a): Antwort an die Sozialarbeiter*innen gegen Antisemitismus, <https://www.dbsh.de/news/detail/antwort-an-die-sozialarbeiterinnen-gegen-antisemitismus.html>.

DBSH - Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (2023b): Israel / Palästina: IFSW fordert sofortigen Waffenstillstand und die Ursachen des Konflikts angehen, <https://www.dbsh.de/news/detail/israel-palaestina-ifs-w-fordert-sofortigen-waffenstillstand-und-die-ursachen-des-konflikts-angehen.html>.

DGSA - Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (2024a): Für eine plurale und demokratische Gesellschaft – Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wirksam entgegen-treten!, https://www.dgsa.de/fileadmin/Dokumente/Fachgruppen/Migration_und_Rassismuskritik/Stellungnahme_zum_s_o_genannten_Geordnete_Rückkehr_Gesetz/Stellungnahme_Rechtsextremismusentgegentreten.pdf.

DGSA - Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (2024b): Stellungnahme des DGSA Vorstands zur Wissenschaftsfreiheit und zu den aktuellen Reaktionsweisen auf die gegenwärtigen Hochschulproteste zum Nahostkonflikt, https://www.dgsa.de/fileadmin/Dokumente/Aktuelles/Stellungnahme_Wissenschaftsfreiheit_und_Reaktionsweisen_auf_Hochschulproteste_zum_Nahostkonflikt.pdf.

IFSW - International Federation of Social Workers (2023a): Solidarity with Social Workers in Israel and Palestine, <https://www.ifsw.org/solidarity-with-social-workers-in-israel-and-palestine/>.

IFSW - International Federation of Social Workers (2023b): Israel / Palestine: IFSW calls for immediate ceasefire and to address the root causes of the conflict, <https://www.ifsw.org/israel-palestine-ifs-w-calls-for-immediate-ceasefire-and-to-address-the-root-causes-of-the-conflict/>.

IFSW - International Federation of Social Workers (2024a): IFSW supports global statement of humanitarian leaders calling for an immediate ceasefire in Gaza, <https://www.ifsw.org/ifsw-supports-global-statement-of-humanitarian-leaders-calling-for-an-immediate-ceasefire-in-gaza/>.

IFSW - International Federation of Social Workers (2024b): Unconditional humanitarian aid to Gaza now, <https://www.ifsw.org/unconditional-humanitarian-aid-to-gaza-now/>.

IFSW - International Federation of Social Workers (2024c): Social Workers for a Free Palestine: World Social Work Day Online Event, <https://www.ifsw.org/wp-content/uploads/2024/06/Original-report-for-SWU-Newsletter.pdf>.

IFSW - International Federation of Social Workers (2024d): Response to the PUSWP call for the expulsion of the IUSW, <https://www.ifsw.org/response-to-the-puswp-call-for-the-expulsion-of-the-iusw/>.

IFSW - International Federation of Social Workers (2025a): IFSW executive issues censure against the Israeli Union of Social Workers for not acting to promote peace, <https://www.ifsw.org/ifsw-executive-issues-censure-against-the-israeli-union-of-social-workers-for-not-acting-to-promote-peace/>.

IFSW - International Federation of Social Workers (2025b): Public statement of solidarity with Palestinian social workers and the people of Gaza, <https://www.ifsw.org/public-statement-of-solidarity-with-palestinian-social-workers-and-the-people-of-gaza/>.

IUSW - Israeli Union of Social Workers (2025): A Response of the Israeli Union of Social Workers to the IFSW statement of 09.01.2025, <https://www.ifsw.org/wp-content/uploads/2025/01/response-of-IUSW-2025.pdf>.

PUSWP - Palestinian Union of Social Workers and Psychologists (2024): The Palestinian Union of Social Workers and Psychologists statement on the suspension of a social worker who advocated against the Gaza invasion, <https://www.ifsw.org/the-palestinian-union-of-social-workers-and-psychologists-statement-on-the-suspension-of-a-social-worker-who-advocated-against-the-gaza-invasion/>.

PUSWP - Palestinian Union of Social Workers and Psychologists (2025): Response to the IFSW Statement: A Call for Ethical Integrity and Decisive Action, https://www.ifsw.org/wp-content/uploads/2025/01/Response_to_the_IFSW_State-ment1.pdf.

Literatur

Alting, Thure/Momper, Benny (2024): Die Soziale Arbeit erinnert sich (nicht) – Zur Geschichte und Geschichtsschreibung der Sozialen Arbeit im Nationalsozialismus, in: Richter, Salome/Seiler, Dorothea/Seul, Marc/Zarbock, Luca/Borsch, Andreas/Gärtner, Luisa/Schmidt, Lennard (Hg.): Antisemitismus in der postnazistischen Migrationsgesellschaft. Eine interdisziplinäre Bestandsaufnahme, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 75–89.

Bommes, Michael/Scherr, Albert (2012): Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe, Weinheim: Beltz.

Broden, Anna/Jagus, Birgit (Hg.) (2026): Antisemitismus in der Sozialen Arbeit, Weinheim: Beltz.

DBSH - Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (2016): Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit des Fachbe-rreichstag Soziale Arbeit und DBSH, https://www.dbsh.de/media/public/dbsh-bund/Profession/2016-11_14_DBSH_Deutsche_Definition_Soziale_Arbeit_FBTS_DBSH.pdf.

DBSH - Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (2024): Berufsethik des DBSH. Ethik und Werte. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V., https://www.dbsh.de/media/public/dbsh-bund/Profession/2026-02-05_DBSH_Berufsethik_2_Fassung_interaktiv.pdf.

DGS - Deutsche Gesellschaft für Soziologie (2025): Widerspruch der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) gegen den Ausschluss der Israelischen Soziologischen Gesellschaft (ISS) aus der International Sociological Association (ISA), https://soziologie.de/fileadmin/user_upload/stellungnahmen/DGS_Stellungnahme_Ausschluss_der_ISS_aus_der_ISA_Juli_2025.pdf.

Diddens, Florian (2024): Antisemitismus zwischen Beständigkeit und Ächtung. Bedingungen und Potenzial einer professionsbezogenen Auseinandersetzung für die Soziale Arbeit, in: Breuer, Marc/Winands, Martin (Hg.): Identität, Diskriminierung

und Gewalt. Abwertung von Minderheiten und Fremdgruppen – Perspektiven Sozialer Arbeit, Weinheim: Beltz, 154–173.

Diner, Dan (2019): Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus“, in: Heilbronn, Christian/Rabinovici, Doron/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Berlin: Suhrkamp, 459–488.

Fuß, Frederik (2024). Der getrübe Blick der Menschenrechtsprofession, in: Versorgerin, 143, 6, <https://versorgerin.stwst.at/artikel/08-2024/der-getrubte-blick-der-menschenrechtsprofession>.

Grigat, Stephan (2025): Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel. Interventionen zur Kritik des Antisemitismus, Opladen: Barbara Budrich.

Groenemeyer, Axel (2013): Soziale Probleme, in: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Wiesbaden: Springer VS, 758–773.

Herf, Jeffrey (2024): Drei Gesichter des Antisemitismus: rechts, links, islamistisch, Leipzig: Hentrich & Hentrich.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1988): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main: Fischer.

Kappeler, Manfred (2022): Soziale Arbeit und Nationalsozialismus, in: Bliemetsrieder, Sandro/Fischer, Gabriele (Hg.): Erinnerung, Bildung, Menschenrechte. Zugänge zur Geschichte Sozialer Arbeit, Wiesbaden: Springer VS, 25–43.

Knothe, Holger (2023): Antisemitismus – (k)ein Thema der Sozialen Arbeit? Eine Problemanzeige, in: Friele, Boris/Kart, Mehmet/Kergel, David/Rieger, Jens/Sen, Kathrin/Schomers, Bärbel/Staats, Martin/Trotzke, Patrick (Hg.): Soziale Arbeit und gesellschaftliche Transformation zwischen Exklusion und Inklusion, Wiesbaden: Springer VS, 367–376.

Lehnert, Esther (2021): In der Sozialen Arbeit gibt es keine explizite Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus, in: Perko, Gudrun/Czollek, Leah/Eifler, Naemi (Hg.): Antisemitismus als Aufgabe für die Schulsozialarbeit. Expert_innen im Gespräch, Weinheim, 28–32.

Lelle, Nikolas/Uhlig, Tom (2026): Antisemitismus definieren. Anleitung zur Abgrenzung, Berlin: Verbrecher.

Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse, Weinheim: Beltz.

Motzke, Katharina (2014): Soziale Arbeit als Profession. Zur Karriere „sozialer Hilfstätigkeit“ aus professionssoziologischer Perspektive, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

ÖGS - Österreichische Gesellschaft für Soziologie (2025): Die ÖGS beendet ihre kollektive ISA-Mitgliedschaft, <https://oegs.ac.at/die-oegs-beendet-ihre-kollektive-isa-mitgliedschaft/>.

OIC - Organization of Islamic Cooperation (2020): The Cairo Declaration of the Organization of Islamic Cooperation on Human Rights, https://cdn.oic-apps.org/documents/pages/legal/conventions/oic_conventions_cairo_declaration_en.pdf.

Perko, Gudrun (Hg.) (2020): Antisemitismus in der Schule. Handlungsmöglichkeiten der Schulsozialarbeit, Weinheim: Beltz.

Pfahl-Traughber, Armin (2022): Die palästinensische Hamas – eine islamistische Organisation zwischen Regierungspartei, Sozialpolitik und Terrorismus. In: Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael (Hg.): Der islamische Fundamentalismus im 21. Jahrhundert. Analyse extremistischer Gruppen in westlichen Gesellschaften, Wiesbaden: Springer VS, 157–172.

Prasad, Nivedita (2018): Soziale Arbeit: Eine umstrittene Menschenrechtsprofession, in: Spatscheck, Christian/Steckelberg, Claudia (Hg.): Menschenrechte und Soziale Arbeit. Konzeptionelle Grundlagen, Gestaltungsfelder und Umsetzung einer Realutopie, Opladen: Barbara Budrich, 37–55.

Rajal, Elke (2020): Möglichkeiten und Grenzen antisemitismuskritischer Pädagogik. Anregungen für die Bildungsarbeit, in: Grimm, Marc/Müller, Stefan (Hg.): Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung, Frankfurt am Main: Wochenschau, 182–197.

Rensmann, Lars (2025): Politischer Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter. Formen und Ursachen in Demokratien des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden: Nomos.

RIAS - Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (2025): Jahresbericht antisemitische Vorfälle 2024, https://report-antisemitism.de/document/s/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf.

Schäuble, Barbara/Radvan, Heike (2016): Zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Sozialen Arbeit, in: Sozial Extra, 3, 38–40.

Scherr, Albert (2017): Integration und Ausgrenzung – Inklusion und Exklusion, in: Kessler, Fabian/Kruse, Elke/Stövesand, Sabine/Thole, Werner (Hg.): Soziale Arbeit – Kernthemen und Problemfelder, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 34–42.

Scherr, Albert (2020): Menschenrechte: ein kontroverses Diskursfeld, in: Sozial Extra, 6, 328–333.

Sigel, Robert (2022): Die Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) - Entstehung, Kritik, Vorzüge, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 6(1), 125–137.

Spatscheck, Christian/Steckelberg, Claudia (Hg.) (2018): Menschenrechte und Soziale Arbeit. Konzeptionelle Grundlagen, Gestaltungsfelder und Umsetzung einer Realutopie, Opladen: Barbara Budrich.

Staub-Bernasconi, Silvia (2019): Menschenwürde – Menschenrechte – Soziale Arbeit. Die Menschenrechte vom Kopf auf die Füße stellen, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Stender, Wolfram (2026): Antisemitismus und (fehlende) Antisemitismuskritik in der Sozialen Arbeit, in: Broden, Anna/Jagusch, Birgit (Hg.): Antisemitismus in der Sozialen Arbeit, Weinheim: Beltz, 6–37.

Voigt, Sebastian (2025): Antisemitismusdefinition, in: Pollmann, Anna/Möllmann, Christopher (Hg.): Schlüsselbegriffe gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ein kritisches Vokabular, Göttingen: Wallstein, 74–91.

Würdemann, Tom Khaled (2024): Israel und der Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 25–26, 11–18.

IMPRESSUM

Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien [CARS]
an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen
Robert-Schuman-Straße 25, 52066 Aachen

Kontakt

Telefon +49 241 60003-8020

E-Mail: cars@katho-nrw.de

Website: <http://www.katho-nrw.de/cars>

Facebook: <https://www.facebook.com/CARSkatho>

Herausgabe und Redaktion

V.i.S.d.P.: Martin Spetsmann-Kunkel

Herausgeber: Stephan Grigat, Martin Spetsmann-Kunkel

Redaktion: Bianca Gabrielli

Kenndaten

ISSN: 2748-2146

DOI: 10.17883/6927

Zitiervorschlag

Knothe, Holger (2026): Sozialarbeiter*innen für ein freies Palästina?
Eine vergleichende Analyse der Positionierungen von Fachverbänden
der Sozialen Arbeit nach dem 7. Oktober 2023, Centrum für Anti-
semitismus- und Rassismusstudien [CARS] an der Katholischen
Hochschule Nordrhein-Westfalen, CARS Working Papers, Nr. 42 (hg.
v. Stephan Grigat und Martin Spetsmann-Kunkel), Aachen, DOI:
<https://doi.org/10.17883/6927>.

Lizenz

Veröffentlicht unter der Creative-Commons-Lizenz Namens-
nennung 4.0 International (CC BY 4.0). Den vollständigen
Lizenztext finden Sie unter <https://creativecommons.org/>

